

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**der Kommission zur Unterbringung von Aussiedlern, Asylbewerbern u. ausländischen
Flüchtlingen**

am Dienstag, **22.01.2008**, 17:00 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Meik Bolte , Herr Richard-Michael Halberstadt , Herr Andreas Nicklas

von der SPD-Fraktion

Frau Maria Anna Hakenes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Prof. Dr. Brigitte Hasenjürgen

von der FDP-Fraktion

Herr Wolfgang Klein

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Frau Ursula Blankenstein

von der Verwaltung

Herr Rolf Finke , Herr Jochen Köhnke , Herr Michael Willamowski

für die Schriftführung

Frau Susanne Jostameling

Vorsitzender des Ausländerbeirates

Herr Spyridon-Paul Marinos ,

Es fehlten:

Herr Ali Atalan, Frau Monika Schuller

nichtöffentlicher Sitzungsteil

Es fand keine nicht-öffentliche Sitzung statt.

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 29.11.07
3. Eingänge und Mitteilungen
4. Bericht des Dezernenten Koordination für Flüchtlingsfragen
5. Bericht des Sozialamtes
6. Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten
7. Verschiedenes

Punkt 1 der Tagesordnung**Genehmigung der Tagesordnung**

Herr Halberstadt eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder der Kommission und die weiteren Anwesenden.

Die Tagesordnung wurde wie vorgegeben verabschiedet.

Punkt 2 der Tagesordnung**Genehmigung der Niederschrift vom 29.11.07**

Die Niederschrift vom 29.11.07 wurde wie vorgegeben verabschiedet.

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Köhnke berichtete:

Im Rahmen des EU-Projektes wurde ein Stakeholdertag mit ca. 30 Vertretern aus NRW und den Niederlanden in Münster durchgeführt. Es gab ein großes Interesse an der geleisteten SROI-Arbeit und einen intensiven Austausch. Das Projekt SROI soll mit einer Abschlußfachtagung am 16.05.08 enden, zu der die Mitglieder der Kommission herzlich eingeladen sind. Im Bereich SROI geht es inhaltlich darum ob und wie soziale Arbeit im Bereich Migration messbar ist. Die Veranstaltung im Mai soll eine Austauschplattform in größerer Runde bieten.

In Kooperation mit der Gemeinde Almelo und gemeinsam mit dem Ausländerbeirat Münster ist

das Projekt „Interkultureller Dialog“ als Projektskizze bei der zuständigen EU-Kommission eingereicht worden. Das Projekt ist in die Erstrangliste aufgenommen worden. Die Auftaktveranstaltung zu diesem Projekt findet am 18./19.02. in Berlin statt. Hieran nehmen Herr Köhnke, Herr Marinos und ein Vertreter der Gemeinde Almelo teil.

Zwei Anträge seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurden am 12.12.07 durch den Rat an den Hauptausschuss verwiesen. Sie sind zur Vorbereitung einer Verfahrensvorlage für den Hauptausschuss, an die Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten geleitet worden. Die Verfahrensvorlagen die in diesem Fachbereich erstellt wurden, greifen die Inhalte der beiden Anträge auf.

Die Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten ist der Bitte aus der Sitzung der letzten Kommission nachgekommen, den Mitgliedern best practice Beispiele aus anderen Städten zuzuleiten. In der Sitzung wurden Beispiele aus Frankfurt am Main, Wuppertal und Bielefeld ausgereicht.

Durch die Verlegung der Ratssitzung findet auch die Sitzung der Kommission im November zu einem anderen Termin statt: Die Sitzung wird verschoben vom 20.11.08 auf den 13.11.08.

Für das Projekt INTERREG wurde ein EU-Antrag gestellt. Die erste Hürde der Bewilligung ist noch nicht genommen. Die Bezirksregierung Münster und die Landesregierung unterstützen das Projekt der Stadt Münster. In den Niederlanden gibt es jedoch Bestrebungen ggf. Projekte zu finanzieren, die stärker in den Bereich Polizei- und Ordnungsrecht greifen. Wie eine Entscheidung aussehen wird, ist noch unklar.

Punkt 4 der Tagesordnung

Bericht des Dezernenten Koordination für Flüchtlingsfragen

Herr Köhnke berichtete:

Zur Entwicklung des städtischen Migrationsleitbildes haben bereits mehrere Hauptsitzungen stattgefunden. Am 29.01.08 werden die Inhalte der Integrationsziele diskutiert und am 12.02.08 findet voraussichtlich die Abschlussveranstaltung in der Sache statt. Alle Mitglieder der Kommission sind nach wie vor herzlich eingeladen, an diesem Prozess teilzunehmen.

Einmal jährlich werden die Ehrenamtlichen, die in der Stadtgesellschaft in der Arbeit mit Flüchtlingen und Spätaussiedlern tätig sind, zu einem gemeinsamen Abend durch die Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten eingeladen. Additiv zu einem Austausch und gemütlichen Ausklang wird Prof. Ölschlägel über die Arbeit im Gemeinwesen referieren. Prof. Ölschlägel hat sehr intensiv im Themenfeld Gemeinwesenarbeit geforscht. Die Veranstaltung findet am 26.02.08 im Hansahof/Agidiistraße statt.

Zur Situation in der Trauttmansdorffstraße erhalten Sie Informationen, sobald es einen neuen Kenntnisstand seitens der Fachverwaltungen gibt.

In der Kommission repräsentierte Frau Kaps die Freien Träger. Nach längerer Krankheit von Frau Kaps und einer Veränderung in der Leitung, haben die Freien Wohlfahrtsverbände entschieden, dass Herr Schindler, Geschäftsführer des DRK den Platz von Frau Kaps übernehmen soll. Herr Schindler wird künftig an den Sitzungen der Kommission teilnehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Bericht des Sozialamtes

Der Bericht des Sozialamtes ist als Anlage beigefügt.

Punkt 6 der Tagesordnung**Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten**

Der Bericht des Amtes für Ausländerangelegenheiten ist als Anlage beigelegt.

Zu den Abschiebezahlen teilte Herr Schlumm mit:

Im Dezember ist eine Person aus dem Strafvollzug der JVA abgeschoben worden.

Im Januar wurden 4 Personen abgeschoben, davon 3 Personen aus dem Strafvollzug der JVA und eine illegale Person. Vier weitere Personen sind untergetaucht.

Bei einer Person wurde durch veränderte Rechtslage die Abschiebung storniert.

Herr Halberstadt fragte nach der Definition eines illegalen Aufenthalts. Herr Schlumm erläuterte, dass der Aufenthalt illegal ist, wenn sich eine Person unerlaubt, also ohne Aufenthaltstitel, Aufenthaltsgestattung oder Duldung in Deutschland aufhält. Ursache kann sein: Unerlaubte Einreise, Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels ist abgelehnt, Ausweisung ist vollziehbar. Zahlen über unerlaubt aufhältige („illegale“) Ausländer gibt es nicht.

Über 100 erwachsene Personen haben eine Aufenthaltserlaubnis zur Probe erhalten und müssen sich um eine Erwerbstätigkeit bemühen, um auch künftig in Deutschland bleiben zu können.

Herr Köhnke erläuterte hierzu, dass die Arbeitsgemeinschaft Münster unter der Leitung von Herrn Paal und in Zusammenarbeit mit der Koordinierungsstelle für Migration und Interkulturelle Angelegenheiten verstärkt prüft, welche Möglichkeiten es gibt, Arbeitsangebote zu vermitteln.

Frau Hakenes fragte nach den Chancen der Betroffenen auf dem Arbeitsmarkt.

Herr Köhnke hatte ein längeres Gespräch mit Frau Otto. Sie ist städtisches Mitglied der Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft Münster. Die Qualifikationen der Personen sind sehr unterschiedlich von Personen, die noch nicht gearbeitet haben, Tagelöhnern, bis hin zu Facharbeitern und Akademikern. Die Arbeitsgemeinschaft Münster muss prüfen wie die Angebote sind, und wie Angebote und Qualifikationen bestmöglichst zusammengebracht werden. Da sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt hat, ist die Situation zur Arbeitssuche besser geworden. Flüchtlingen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt gesetzlich erleichtert worden. Insgesamt sieht die Arbeitsgemeinschaft Chancen für die betroffenen Personen. Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis zur Probe können rückwirkend an einem Integrationskurs teilnehmen und so ihre Deutschkenntnisse verbessern.

Die Mitglieder der Kommission baten darum einen Vertreter oder eine Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft in die nächste oder übernächste Sitzung einzuladen.

Frau Hasenjürgen sieht Handlungsbedarf darin, dass Flüchtlingskinder schlechte Noten erhalten, obwohl sie eine hohe Leistungsbereitschaft zeigen. Sie besuchen sehr häufig Förderschulen für „Lernbehinderte“. Diese Situation möchte Frau Hasenjürgen verändern. Ihre Fraktion wird demnächst einen Antrag stellen.

Da bis 2005 keine Schulpflicht für Flüchtlingskinder bestanden hat, haben sich, so Frau Blankenstein Defizite bei den Kindern entwickelt.

Herr Marinos berichtete, dass der Ausländerbeirat in der Sache eine Anfrage an das Amt für Schule und Weiterbildung gestellt hat. Er möchte differenziertere Ergebnisse der Sprachstandserhebungen. Bisher gibt es noch keine entsprechenden Statistiken der Ämter. Es hat sich ein Spracharbeitskreis zwischen dem Amt für Schule und Weiterbildung und dem Amt für Kin-

der-, Jugendliche und Familien gebildet.

Herr Marinos hat einen Brief an den Oberbürgermeister geschrieben mit der Bitte, Behördenpost an ausländische Familien seitens des Amtes für Schule und Weiterbildung weitestgehend in die Sprachen der Familien zu übersetzen. Herr Marinos plädiert darüber hinaus für Personal mit Migrationsvorgeschichte in den städtischen Schulen und Kindergärten.

Herr Nicklas möchte differenzierte Ergebnisse der Sprachstanderhebungen und eine fachspezifische Erläuterung der Problematik. Hierzu bat er darum, einen zuständigen Mitarbeiter oder eine zuständige Mitarbeiterin des Amtes für Schule und Weiterbildung in die Sitzung einzuladen.

Um die Kinder zu einem Schulbesuch zu motivieren, so Herr Klein, muss eine Einbindung des familiären Umfeldes erfolgen.

Frau Hasenjürgen sieht den fehlenden oder unregelmäßigen Schulbesuch als ein Problem bei Kindern aus sozial schwachen Familien, nicht als Migrationsproblem. Das Landesamt für Statistik NRW hat erstmalig in seinen Erhebungen auch nach dem Merkmal Migrationshintergrund gefragt. Ende Januar / Anfang Februar werden Zahlen vorliegen, die auch in der Kommission diskutiert werden sollten.

Herr Marinos hält multifaktorielle Probleme als Ursache für einen mangelnden Schul- und Kindergartenbesuch.

Herr Finke teilte mit, dass es in den Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge eine Fachkraft gibt, die dafür sorgt, dass der Schulbesuch der Flüchtlingskinder erfolgt und die Kindergärten aufgesucht werden. Die Fachkraft hat Kontakt zu den Schulen in Münster und vermittelt die Kinder in Kindergärten.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Köhnke teilte eine Pressemitteilung von Frau Prof. Böhmer aus. Darin sind Kosten für eine unzureichende Integration von Zuwanderern ausgewiesen.

Frau Prof. Hasenjürgen erinnerte daran, dass die Thematik „Migrationsausschuss“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen werden soll.

Am 05.03.08 findet organisiert durch den Ausländerbeirat, im großen Saal, unter Anwesenheit von Polizeipräsident Prof. Wimber und Prof. Boers, um 17.00 Uhr eine Veranstaltung zur Jugendkriminalität statt.

Herr Marinos wünscht sich eine gute Kooperation des Ausländerbeirates mit der Kommission. Themen sollen koordiniert und kooperiert bearbeitet werden, damit sie nicht in beiden Gremien mehrfach aufgearbeitet werden.

Herr Halberstadt wünscht sich eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit.

Ende der Sitzung: 17:59 Uhr

Richard-Michael Halberstadt
Vorsitz

Susanne Jostameling
Schriftführung